


Für eine Handvoll Tomaten



Campagne in Lotta ist ein im Jahr 2011 gegründetes Netzwerk, das die Koordination und (Selbst-)Organisation von migrantischen Arbeitskräften in der italienischen Landwirtschaft unterstützt; dies insbesondere in den Tomaten- und Zitrus-Hochburgen Foggia und Reggio Calabria. *Hinterland* hat sich mit Irene Peano, einer Aktivistin von *Campagne in Lotta*, unterhalten. Interview und Übersetzung von Tom Reiss



Auf freiem Feld: Wohnsiedlung bulgarischer Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter; es gibt weder Wasserversorgung noch sanitäre Anlagen, und die Siedlung wird regelmäßig von Feuern heimgesucht. Nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter, auch viele ihrer Kinder leben hier.







Abgeräumt: Tomatenernte in der Foggia-Region...



Irene, wie ist die *Campagne in Lotta* entstanden?

Campagne in Lotta ist in erster Linie das Resultat zweier individueller Arbeitskämpfe, die miteinander resonierten. Der erste entwickelte sich im Januar 2010 in Rosarno – einem Dorf in der Gioia Tauro-Ebene, die für ihre Orangenproduktion bekannt ist. Dort waren sehr viele westafrikanische Arbeitskräfte beschäftigt. In dieser Situation brachen Aufstände in Reaktion auf eine Reihe gewalttätiger Angriffe auf afrikanische Lohnabhängige aus – die Proteste hatten also eine klare antirassistische Konnotation. Aber es handelte sich gleichzeitig um einen Streik. Die Orangensaison lief auf Hochtouren. In Folge der Proteste wurden einige verhaftet und deportiert, andere wurden aus Sorge um Gegenreaktionen aus Rosarno entfernt. In den Straßen herrschte Bürgerkriegs Atmosphäre. Diejenigen, die nach Rom deportiert wurden, fanden Unterschlupf in einem besetzten Gemeinschaftszentrum. Gemeinsam mit den Besetzenden begannen sie eine Protestaktion, die etwa ein Jahr lang andauerte und zu mehreren Bewegungen führte, welche letztendlich Aufenthaltsstatus für die Lohnabhängigen erreichte.

Außerdem begann im Sommer 2011 ein wilder Streik in der Provinz Lecce, wo sehr viele migrantische Arbeitskräfte in den Tomaten- und Wassermelonenernten beschäftigt werden. Dieser Streik wurde von Lohnabhängigen initiiert und von politisch Aktiven unterstützt – letztere bemühten sich um grundlegende Informationsarbeit für Saisonarbeitende, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Während des Streiks bemerk-

ten viele Unterstützende, wie motiviert die Landarbeiterinnen und Landarbeiter waren, sich an Arbeitskämpfen zu beteiligen. Sie entschlossen sich, unterstützende Strukturen zu schaffen, die bis dato nicht vorhanden waren.

Wie kam es überhaupt zu dieser Situation?

Diese Arbeitskämpfe haben einen sehr komplexen Hintergrund. Man kann sagen, dass der Arbeitskampf migrantischer Landarbeiterinnen und Landarbeiter die antirassisti-

In den Straßen herrschte Bürgerkriegs Atmosphäre

sche Bewegung in Italien ausgelöst hat. Das nahm seinen Anfang 1989 in Folge des Mordes an einem südafrikanischen Asylsuchenden, Jerry Masslo, in Villa Literno bei Neapel. Daraufhin entwickelte sich eine massive antirassistische Bewegung, die bis in die 1990er sehr aktiv war. Aber dann wandten sich gemäßigte und sozialdemokratische Teile dieser Bewegung ab. Diese Gruppen waren auch die treibenden Kräfte hinter der Ratifizierung der ersten umfassenden Einwanderungsgesetzgebung im Jahr 1998, mit der verstärkt Zwangslager, Abschiebungen und dergleichen einhergingen.

Wie haben die Gewerkschaften reagiert?

Der italienische Gewerkschaftsbund CGIL vernachlässigte jahrelang Migrationsfragen. In Teilen der CGIL herrschte latenter Nationalismus. Auf migrantische

Arbeitskräfte kam es ihnen nicht an – sie differenzierten nicht zwischen unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Lohnabhängigen. Ganz allgemein war die politische Linke bemüht, Konflikte zu vermeiden. Das ist kein neues Phänomen in Hinsicht auf Landarbeit: Die Agrarreform in den 1950ern schlug in vielerlei Hinsicht fehl. So, wie das Land verteilt wurde, war es unmöglich, davon zu leben. Also verließen viele Menschen die Landgebiete und gingen in den Fabriken arbeiten. Die Kommunistische Partei konzentrierte sich auf Landbesitzer als politische Basis und ignorierte Probleme im Bereich der Lohnarbeit.

Jedenfalls hatte lange Zeit niemand diesen Bereich beachtet...

Und insbesondere im Bereich des politischen Aktivismus sind Arbeitsfragen seit den 1990ern vom Radar verschwunden. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung wurden schlichtweg ignoriert. Dementsprechend lag hinter den jüngsten Bewegungen auch der Gedanke, endlich eine Verbindung zwischen bisher getrennten Kontexten zu schaffen. Besonders wichtig war das im Falle der westafrikanischen Lohnabhängigen, die oft zwischen verschiedenen Regionen Italiens von Ernte zu Ernte ziehen. Diese vermeintlich separaten Gruppen und Probleme miteinander zu verbinden, war uns wichtig.

Über welche verschiedenen Gruppen sprechen wir?

Das ist natürlich von Region zu Region unterschiedlich. Und die offiziellen Statistiken berücksichtigen nur diejenigen, die Verträge haben. Es gibt eine signifikante

Dunkelziffer, etwa 20 bis 25 Prozent der Lohnabhängigen arbeiten ohne Vertrag. Man geht davon aus, dass der Großteil aus Rumänien stammt. Noch einmal etwa halb so viele stammen aus westafrikanischen Ländern. Teilweise sind das Menschen, die seit ihrer Ankunft in Italien in der Landwirtschaft arbeiten – insbesondere diejenigen, die keine Aufenthaltserlaubnis haben – und teilweise Menschen, die ihre vorherige Arbeit in Folge der Wirtschaftskrise verloren haben.

Vor relativ kurzer Zeit begannen viele Menschen aus Libyen einzuwandern. Sie wurden ursprünglich in Aufnahmelagern untergebracht und fanden von dort aus Arbeit in der Landwirtschaft. Diese Aufnahmelager, vor allem die besonders großen, befinden sich in vielen Fällen sehr nahe an den landwirtschaftlichen Gegenden. Die westafrikanischen Lohnabhängigen stammen aus verschiedenen Ländern – Senegal, Mali, Burkina Faso, Ghana, einige wenige aus Nigeria und der Elfenbeinküste.

Kommen auch Menschen aus Bulgarien?

Es gibt eine kleine, aber signifikante Gruppe, die aus Bulgarien stammt. Sowohl im Falle der rumänischen als auch der bulgarischen Lohnabhängigen besteht ein erheblicher Teil aus Roma.

In der Pontinischen Ebene findet sehr viel Gewächshausproduktion statt. Dort arbeiten sehr viele Punjabi. Diese werden oft in Form einer Art Menschenhandel rekrutiert. Sobald sie in Italien ankommen, werden ihnen die Pässe abgenommen und sie müssen ihre Schulden den

Schleusern gegenüber abarbeiten – ohne Aufenthaltserlaubnis. In Latina, der dortigen Provinzhauptstadt, gab es kürzlich einen Streik; aber wir haben leider noch keine besonders gute Präsenz in dieser Region.

Es gibt auch einige Arbeitskräfte aus Nordafrika, die vor längerer Zeit eingereist sind. Diese wurden mittlerweile zu großen Teilen durch Menschen aus Osteuropa ersetzt, die für weniger Lohn arbeiten. Die Nordafrikanerinnen und Nordafrikaner sind sehr gut „integriert“ – ein fürchterlicher Begriff. Was ich damit sagen möchte: Sie sind mit dem System vertraut.

Wie ist es um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse bestellt?

Menschen mit EU-Pass haben keine Probleme hinsichtlich ihrer Aufenthaltserlaubnisse. Aber sie finden nur sehr schwer Wohnraum – die meisten von ihnen sind Saisonkräfte. Im Zuge der EU-Osterweiterung wurde die Saisonarbeit stark begünstigt, wodurch eine riesige Reservearmee billiger, hochmobiler Arbeitskräfte entstanden ist. Diese Arbeitskräfte geben ihre Löhne in ihren Heimatländern aus, wo ihre Kaufkraft größer ist.

Leute werden für weniger als die Hälfte der Stunden bezahlt, die sie tatsächlich arbeiten

Sowohl die Menschen aus Osteuropa als auch aus Afrika haben große Probleme: schwieriger Zugang zu medizinischer Ver-

sorgung, Schulbildung für Kinder, Bankkonten und dergleichen. Für Menschen ohne EU-Pass hat sich die Situation stark verändert: Vor 2011 hatte ein Großteil schlicht keine Aufenthaltserlaubnis. Es handelte sich um Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter, die im „Urlaub“ auf den Feldern arbeiteten, um etwas mehr Geld zu verdienen. Seit 2011 gab es einen massiven Anstieg der Asylsuchenden. 2011 hat die Regierung auch das letzte Mal eine Quote für „Wirtschaftsflüchtlinge“ eingeführt, und derzeit ist Asyl die einzige Möglichkeit, legal in Italien Aufenthaltserlaubnisse zu erlangen. Ein Großteil der migrantischen Bevölkerung hat nun irgendeine Form von Erlaubnis. Sie bewerben sich um Asyl, werden abgewiesen und gehen dann gegen die Ablehnung in Berufung. Die Zahl der erfolgreichen Asylbewerbungen geht zwar zurück, aber nach dem Berufungsprozess ist sie immer noch relativ hoch.

Müssen sich viele in sogenannter „Schwarzarbeit“ verdingen?

Ja – und die Regierung geht immer härter gegen Schwarzarbeitende vor. Aber das Problem bleibt bestehen, weil es sich bei einem großen Teil der Verträge um Null-Stunden-Verträge handelt. Auch wenn du einen Vertrag hast, gibt es keine Garantie, dass du für gearbeitete Stunden tatsächlich bezahlt wirst. Die Plantagenbetriebe können problemlos betrügen. Und das machen sie auch, überall in Italien. Leute werden für weniger als die Hälfte der Stunden bezahlt, die sie tatsächlich arbeiten.

Infolgedessen haben sie natürlich auch keinen Zugriff auf Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere im Süden hat es sich eingebürgert,

Menschen mit italienischem Pass in Scheinanstellung zu beschäftigen, damit diese Sozialleistungen beziehen können, während migrantische Arbeitskräfte schwarz für die eigentliche Arbeit angestellt werden.

Wie stehen die Chancen für migrantische Arbeitskräfte, ihre Rechte vor Gericht einzufordern?

Im Grunde kann man Lohnbetrug immer zur Anzeige bringen, unabhängig vom eigenen Status. Aber das ist ein langwieriges Verfahren, und oft gibt es keine Entschädigung seitens der Gerichte aufgrund von Beweismangel.

Ein großes Problem ist sexueller Missbrauch, besonders im Osten Siziliens, wo sehr viele Frauen unter fürchterlichen Bedingungen in Gewächshäusern arbeiten. Das gilt allerdings im Grunde für ganz Italien und betrifft auch italienische Frauen. Ein Großteil der weiblichen Arbeiterklasse ist im Grunde unter denselben Bedingungen beschäftigt wie die Migrantinnen. Nur sehr wenige Missbrauchsfälle finden tatsächlich ihren Weg in die Gerichte. Es ist für Frauen sehr schwierig zu klagen, weil sie häufig isoliert und uninformiert sind. Und sie haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren. Häufig werden sie erpresst. Wenn sie Kinder haben, ist deren Aufenthalt auf den Plantagen von der Kulanz der Plantagenbesitzenden abhängig.

Hat sich die Rechtslage womöglich so gar verschlechtert?

Nach dem Streik von 2011 ist die Regierung immer mehr gegen „illegale Arbeitsvermittlung“ vorgegangen. Davor war das eine Ordnungswidrigkeit, nun ist es eine Straftat. Das bedeutet, dass Vorarbeiter nun ins Gefängnis wandern können, was sie in etwa

auf eine Ebene mit Mafiosi stellt. Gegen Bauern und Landbesitzer wird allerdings nicht vorgegangen. Neue Gesetzreformen sollen etwas daran ändern, aber es sieht nicht danach aus, als würden sie zu echten Resultaten führen. Man tendiert dazu, die ganz kleinen Fische zu kriminalisieren – also die Vorarbeiter, die in einigen Fällen selbst migrantische Arbeitskräfte sind. Je weiter man die Produktions- und Distributionsketten hinaufsteigt – wo über Dinge wie Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen entschieden wird – desto weniger rechtliche Handhabe besteht.

2012 hat die Regierung eine EU-Richtlinie umgesetzt, nach der migrantische Lohnabhängige ohne Aufenthaltserlaubnis, die ausgebeutet werden und sich bereit erklären, vor Gericht auszusagen, immerhin das Recht auf Aufenthaltserlaubnisse erhalten. Bisher gibt es zehn, vielleicht 15 Fälle, in denen das geschehen ist. Es ist sehr schwierig, diese Art von Ausbeutung zu beweisen, und die Beweislast liegt bei den Ausgebeuteten. Es gibt für sie keine realistische Möglichkeit, diese Beweise zu erbringen.

Gibt es denn Hinweise darauf, dass ein echter Zusammenhang zwischen diesen Ausbeutungsverhältnissen und organisiertem Verbrechen besteht?

Es gibt nur sehr wenige dokumentierte Fälle, in denen organisiertes Verbrechen in der Gasterbeit eine Rolle spielt – aber es gibt dort natürlich verschiedene systemische Ebenen. Zum Beispiel in der Distribution: Supermarktketten werden tatsächlich von einflussreichen Kartellen kontrolliert. Was die Logistik, Transport und Lagerung in diesem Bereich betrifft, hat organisiertes Ver-

brechen definitiv die Hände im Spiel. Man hat manchmal auch das Gefühl, dass einige Kartelle komplette Produktionsketten zu kontrollieren versuchen. Aber das ist schwer zu dokumentieren. Es ist mit ziemlicher Sicherheit der Fall in der Tomatenproduktion, und in letzter Zeit wurden in der Foggia-Provinz mehrere Menschen in Zusammenhang mit Erpressung festgenommen. Wir haben auch das Gefühl, dass einige Vorarbeiter mit Kartellen in Verbindung stehen, aber es ist schwer zu sagen, wie weit diese Verbindungen gehen.

Wie kommt es, dass die verschiedenen Gruppen der migrantischen Lohnabhängigen sich bis 2011 nicht selbst organisieren bzw. politisch aktiv werden konnten?

Das hat verschiedene Gründe. Zu allererst war es eine Frage grundsätzlicher Not: Das sind Menschen, die am Rand des Existenzminimums leben. Aufstand bedeutet oft Verlust des Einkommens. Das wurde schmerzhaft deutlich nach dem Streik von 2011, bei dem fast ausschließlich Menschen aus Westafrika streikten. In der nächsten Saison bekam niemand von ihnen mehr Arbeit, die Landbesitzenden bevorzugten Menschen aus Osteuropa.

Außerdem haben verschiedene Faktoren – die Wirtschaftskrise, die EU-Erweiterung, das Bombardement Libyens – zu einer großen Reservearmee arbeitsbereiter Menschen geführt.

In der Foggia-Provinz beispielsweise, wo ein Großteil der Tomatenproduktion geleistet wird, sind an Saisonhöhepunkten etwa 20000 bis 30000 Menschen beschäftigt. Es ist unglaublich schwierig, solche Mengen von Arbeitenden zu organisieren. Sie leben in Siedlungen, die über die

Landschaft verstreut sind. Hinzu kommt, dass die Menschen sich oft ihrer Möglichkeiten nicht bewusst sind – sie fühlen sich machtlos. Selbst wenn sie ihre Rechte kennen, gibt es noch einen starken Unterschied zwischen dem Recht auf dem Papier und der Realität. Das macht es sehr schwierig, veritable Strategien zu entwickeln.

Wie habt ihr dann die *Campagne in Lotta* denn begonnen?

Das Projekt begann mit Aktionen während der Erntezeit. Wir fingen damit an, Präsenzen in den improvisierten Siedlungen und verlassenen Bauernhöfen aufzubauen. Wir begannen, die Isolation zu durchbrechen und Informationsstrukturen zu schaffen, wo Menschen zu Hunderten, manchmal Tausenden leben. Wir haben versucht, nicht zu sehr aufzufallen, weil wir befürchteten, dass das gefährlich für die Arbeiterinnen und Arbeiter werden könnte. Wir haben Veranstaltungen wie beispielsweise Sprachkurse organisiert, in denen wir auch über Arbeiterrechte und Migrationsfragen gesprochen haben; auch eine Radiostation und Fahrradwerkstätten, damit die Leute etwas weniger von den Vorarbeitern abhängig sind. Nach und nach haben wir die Lohnabhängigen dann mehr im Netzwerk eingebunden.

Und heute könnt ihr bereits Erfolge verbuchen...

Seit letztem September haben wir eine recht stabile Präsenz in Foggia; dort haben wir auch eine Reihe von Demonstrationen und Protesten organisiert. Ausgehend von der Einschätzung ihrer eigenen Situation haben wir es auch geschafft, einige Erfolge in Hinsicht

auf den Aufenthaltsstatus der Leute zu erreichen. Die Regierungsvertretung in der Provinz und die Polizei waren sehr verständnisvoll hinsichtlich unserer Forderungen und haben nach und nach Arbeitserlaubnisse verteilt. Sie haben auch auf die Kommunalverwaltung Druck ausgeübt, damit Menschen ohne offizielle Adressen feste Wohnsitze haben. Es ist rechtlich möglich, obdachlosen Menschen Adressen zuzuteilen.

Es ist rechtlich möglich, obdachlosen Menschen Adressen zuzuteilen

Es geht auf und ab. Im Moment stagniert es ein wenig – die Behörden sind weniger kooperativ als sie es anfangs waren. Aber sie reagieren – auch die Staatsregierung. Kürzlich wurde eine tentative Regelung unterschrieben, die sich der Vorarbeiter-Problematik widmet.

Inwiefern spielt Selbstorganisation denn eine Rolle?

Über unsere Präsenz waren wir auch in der Lage, regionale Arbeitergruppen kennenzulernen, die weniger mobil sind. Diese Gruppen haben damit begonnen, sich wöchentlich zu treffen. Sie haben sich dazu entschlossen, ihre eigenen Vertretungen zu wählen. Über die Jahre hinweg und besonders im Laufe der letzten Monate wurden sie politisch immer aktiver. Diese Gruppe politisch aktiver migrantischer Lohnabhängiger beinhaltet mittlerweile auch Menschen aus Osteuropa, und besonders die bulgarischen

Arbeiterinnen und Arbeiter nehmen aktiv an Demonstrationen mit westafrikanischen Arbeitskräften teil, was eine Menge Solidarität zeigt.

Wir Aktivistinnen und Aktivisten organisieren in erster Linie Medienarbeit und Finanzierungsfragen – wir sind vollkommen selbstfinanziert. Wir bemühen uns auch, einzelne Aktionen miteinander zu synchronisieren; simultane Streiks und dergleichen. Letztendlich ist es natürlich unser Ziel, nicht mehr notwendig zu sein.

Wie würdest du den bisherigen Erfolg des Netzwerks und seine Aussichten für die Zukunft einschätzen?

Es hat gute drei Jahre gedauert, bis wir erste Erfolge gesehen haben. Zuvor hatten wir viele Enttäuschungen auszuhalten und kaum Veränderungen wahrnehmen können. Es hat lange gedauert, das Vertrauen aufzubauen. Aber seit letzten September geht es vorwärts: Die Behördenseite reagiert – wenngleich sie die Arbeitskämpfe nicht erwähnt, um sie nicht aufzuwerten. Aber ihr Handeln ist ein Ergebnis der Organisation. Und weil Menschen in den Plantagen sterben. Vor Hitze, Übermüdung, Chemikalien und auch aufgrund von Gewalt: Letztens wurde in Rosarno eine Person nach einer Rangelei von einem Carabinieri erschossen. Einen anderen wegen vermeintlich gestohlener Wassermelonen. Diese Dinge entwickeln eine Eigendynamik, besonders, wenn auch Menschen mit italienischem Pass sterben – das ist dieses Jahr auf den Plantagen drei Mal geschehen.



Die multinationale Firma Princes vermarktet unter der Marke „Napolitana“ ihre Produkte für den internationalen Export - der Großteil davon wird in der Foggia-Region hergestellt.



Arbeiterinnen
in einer „Princes“-
Fabrik

Wie wirken sich europäische und globale Entwicklungen auf die italienische Landwirtschaft aus?

Man muss allgemeine landwirtschaftliche Gesetzgebungen im Auge behalten. Die EU setzt hier Standards, die die Vergrößerung von Plantagen begünstigt. Das führt zu massiven Landkäufen. Der Liberalisierungsprozess begünstigt die Konzentration. Historisch waren italienische Höfe und Plantagen klein beziehungsweise sehr klein, aber das ändert sich. Kleinbetriebe können ohne EU-Subventionen nicht überleben – aber um die zu kriegen, müssen sie sich größeren Konglomeraten anschließen. Diese schreiben ihnen wiederum die Preise vor.

Auf dem Orangen-Markt gibt es eine große Konkurrenz aus Marokko, seit die EU ein entsprechendes Handelsabkommen unterzeichnet hat. Ähnliches gilt in der Tomatenverarbeitung umgekehrt für Teile Westafrikas – beispielsweise Ghana. Italienisches Tomatenmark wird in Ghana verkauft und hat damit im Grunde die dortige Produktion frischer Tomaten beendet. Infolgedessen verlieren die dortigen Lohnabhängigen ihre Existenzgrundlage und emigrieren, woraufhin ihre Arbeitskraft in Europa ausgebeutet wird.

Wie hängen die Arbeitskämpfe mit der Situation Geflüchteter in Europa zusammen?

Wie bereits erwähnt, befinden sich viele der wichtigsten Plantagen und Produktionszentrum in der Nähe der Aufnahmelager für Geflüchtete, es gibt also eine sehr direkte Verbindung zwischen der Flüchtlingspolitik der EU und der Ausbeutung billiger Arbeitskraft auf

italienischen Plantagen. Das Aufnahmelager in Catania (Sizilien) zählt beispielsweise zu den größten Europas. Dort befinden sich etwa 4.000 Menschen. Diese Menschen werden rekrutiert, um für nicht mehr als zehn Euro am Tag Feldarbeit zu leisten. Und viele befinden sich jahrelang in solchen Lagern. Frauen, insbesondere aus Nigeria, prostituieren sich dort für fünf bis zehn Euro. Beispielsweise erwarten Polizisten und andere Lagermitarbeiter sexuelle Gefälligkeiten im Austausch gegen Zigaretten und Telefonkarten.

Ganz allgemein begünstigt die Art

Wir müssen Migration und Arbeit in mindestens europaweiten Verhältnissen denken

und Weise, wie die EU Migration handhabt, die Ausbeutung billiger Arbeitskraft, weil Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nicht das Land verlassen oder Grenzen überqueren können.

Welche Art von internationaler Unterstützung würdet ihr euch wünschen – politisch und auch seitens NGOs und politischen Gruppen?

Alle, die bei unseren Camps zur Erntesaison mitmachen möchten, sind herzlich willkommen! Insbesondere Menschen mit Erfahrung in den Bereichen Migration und Arbeit. Mehrere Sprachen sind ideal und Italienisch ist von Vorteil. Aber da können wir auch improvisieren. Finanzielle Unterstützung ist natürlich auch immer hilfreich.

Wir müssen Migration und Arbeit in mindestens europaweiten Verhältnissen denken. Ich glaube, gerade findet ein Kurswechsel in der EU-Migrationspolitik statt. Wir befinden uns in einer Art Krise, die wir auf europäischer Ebene nutzen können, um radikale Änderungen und Reformen in Hinsicht darauf zu erreichen, wie wir mit Migration umgehen.

Was könnten wir anstellen, um diesen radikalen Reformen näherzukommen?

Andauernd kämpfen Geflüchtete und Asylsuchende in Europa um ihre Existenz und wir sollten Möglichkeiten finden, sie miteinander zu verbinden. Dazu gehört, eine Art Plattform zu schaffen, die diesen Kampf systematisiert – ausgehend von bestimmten Grundbedürfnissen und Forderungen. Eine dieser Forderungen könnte eine allgemeine europäische Arbeitserlaubnis sein, so dass Menschen sich zumindest mit denselben Rechten in der EU bewegen können.

Und was Arbeitsbedingungen betrifft, versuchen wir, die komplette Konsumkette nachzuverfolgen; bis zu 70 Prozent der industriellen Tomatenproduktion ist auf Export ausgerichtet. Uns auf Distributionsstrukturen, Supermarktketten und dergleichen zu konzentrieren, könnte uns dabei helfen, beispielsweise einzuschätzen, inwieweit Boykotts Arbeitskämpfe unterstützen. Aber um das machen zu können, braucht es mehr Forschung – wo die entsprechenden Produkte herkommen, wo sie hingehen, und alle Schritte dazwischen.

Wir brauchen auch mehr Informationen darüber, wie osteuropäische Arbeitskräfte rekrutiert werden. Wir versuchen gerade, an entsprechende Informationen aus Rumänien und Bulgarien zu kommen. Aber da muss noch mehr getan werden. Wir wollen die Menschen in den Herkunftsländern besser erreichen.

Letztendlich gibt es aber immer eine institutionelle – und kapitalistische – Mauer, mit der man sich auseinandersetzen muss. Und das geht nur, indem man Druck auf sie ausübt. Mit Demonstrationen, Streiks und Ähnlichem, denn sonst wird man nicht gehört. So viele Versuche im Laufe der letzten Jahre, Aufmerksamkeit über Medienkampagnen zu erreichen, haben einfach nicht funktioniert. Sobald man die Interessen derer konfrontiert, die Kontrolle über die Produktion haben, hält einfach alles an.

Irene, vielen Dank für das Gespräch!<

Irene Peano
studierte in
Cambridge und ist
Doktorin der
Philosophie für
Sozialanthropologie
und Sozialwissen-
schaften an der
Universität Bologna.
Seit Jahren engagiert
sie sich bei der Cam-
pagne in Lotta.

fair DGB
Arbeitnehmerzugabe
sozial, gerecht und aktiv

Faire Mobilität
Beratung für Beschäftigte
aus Mittel- und Osteuropa

www.faire-mobilitaet.de